

**Hauptamt
10.2**

25. Fragestunde in der Stadtverordnetenversammlung am 14.12.2023

Frage Nr. 2124

Stadtv. Dr. Kochsiek - CDU-Fraktion -

Kapitalerhöhung Mainova

Frankfurt möchte bis zum Jahr 2035 klimaneutral werden. Dies betrifft vor allem die Energieerzeugung und die Ertüchtigung des Leitungsnetzes der Mainova AG - Stromkabel, Fernwärme- und Gasleitungen, Abwärmenutzung bei Rechenzentren et cetera. Laut FAZ vom 31.08.2023 veranschlagt der Vorstand hierfür Investitionskosten von mehr als 10 Mrd. Euro. Die Hauptversammlung der Mainova hat hierfür eine erste Kapitalerhöhung von 1 Mrd. Euro über die Ausgabe neuer Aktien genehmigt.

Ich frage den Magistrat:

Wird die Stadt ihr Vorkaufsrecht für neue Aktien ausüben oder soll die Mainova AG die Aktien stattdessen am Kapitalmarkt verkaufen, was eine Privatisierung bedeuten würde, und woher soll das Geld kommen, falls die Stadt ihr Vorkaufsrecht ausübt?

Die Frage wird wie folgt beantwortet:

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin Arslaner,
sehr geehrter Herr Stadtverordneter Dr. Kochsiek,
meine Damen und Herren,

die Mainova AG hat in der Wirtschaftsplanung für die Jahre 2024-2028 umfangreiche Investitionen vorgesehen. Diese werden sich insbesondere auf die weitere Umsetzung der Energiewende und des Klimaschutzes sowie auf die Versorgungssicherheit konzentrieren. Die erforderliche Finanzierung für diese Investitionen soll in Teilen durch die Schaffung von neuem Kapital ermöglicht werden.

Der Vorstand und der Aufsichtsrat der Mainova AG haben diese Vorgehensweise am 30.08.2023 der ordentlichen Hauptversammlung der Mainova AG vorgeschlagen. Diese hat einer Kapitalerhöhung in Form von genehmigtem Kapital zugestimmt. Den Aktionär:innen sollen Bezugsrechte eingeräumt werden. Der Vorstand und der Aufsichtsrat der Mainova AG haben folglich das Mandat, innerhalb der nächsten fünf Jahre, über die Ausübung der Kapitalerhöhung zu entscheiden.

Es ist nicht vorgesehen, hierfür über den Kapitalmarkt neue Aktionär:innen zu gewinnen. Das notwendige Kapital wird durch die bestehenden Aktionär:innen (davon rund 75 % über die Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH (SWFH)) sichergestellt.

Die Stadt Frankfurt am Main plant, im Rahmen des mit dem Haushalt zu beschließenden Investitionsprogramms entsprechende Darlehen zu Kommunalkonditionen aufzunehmen, um das von der SWFH benötigte Kapital einzulegen.